



ENERGIEPOLITISCHE POSITIONEN

FORDERUNGEN DER IHK NORD

April 2026

TRANSFORMATION GEMEINSAM MIT DER WIRTSCHAFT

Deutschland hat sich ambitionierte Ziele für Klimaschutz und Energiewende gesetzt. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 sollte im Sinne der Planbarkeit und Verlässlichkeit grundsätzlich erhalten bleiben. Welche Zwischenschritte wann und im welchem Umfang erfolgen, um das Klimaziel zu erreichen, sollte den Marktteilnehmern überlassen werden. Strikte regulatorische und technologische Vorgaben behindern Transformationsprozesse. Notwendig sind stabile Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit in der Energiepolitik, um langfristige Investitionsentscheidungen treffen zu können.

Die Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie der Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) sind Voraussetzungen zur Erreichung des Klimaziels. Damit sie erfolgreich umgesetzt werden können, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft unerlässlich. Unternehmen erwarten effektive industriepolitische Strategien, die nicht nur den Wandel unterstützen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Ein entscheidender Faktor ist dabei die Senkung der Energiepreise auf ein international konkurrenzfähiges Niveau.

Nordeutschland nimmt eine Schlüsselrolle in der Energiewende ein. Die Region verfügt über zahlreiche Stärken, darunter eine hohe Verfügbarkeit und weiteres Ausbaupotenzial erneuerbarer Energien, Importmöglichkeiten durch die direkte Anbindung an Nord- und Ostsee, hervorragende Speicheroptionen sowie Potential für eine führende Position in der grünen Wasserstoffproduktion. Ergänzt durch ein starkes Forschungs- und Entwicklungsumfeld sowie innovative Unternehmen bietet Norddeutschland ideale Voraussetzungen für eine nachhaltige Transformation.

Die norddeutschen Industrie- und Handelskammern sind sich der Herausforderungen und Chancen bewusst, die mit dem Wandel einhergehen. Um die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger auf Landes- und Bundesebene gezielt zu unterstützen, hat die IHK Nord die nachfolgende Übersicht über zentrale energiepolitische Positionen erarbeitet. Eine Grundvoraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist dabei die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen¹ sowie der Abbau von Bürokratie in allen relevanten Bereichen.

PREISVORTEIL VON GRÜNEM STROM VOR ORT NUTZBAR MACHEN

Das Vorhandensein von Grünstrom im Norden bietet ideale Voraussetzungen für die Transformation energieintensiver Produktionsprozesse. Unternehmen, die ihre Wertschöpfung klimafreundlich und zukunftssicher gestalten wollen, finden hier beste Bedingungen vor. Unter dem Leitgedanken „Come to where the power is“ kann der Norden zu einem Magneten für nachhaltige Industrieprojekte werden. Ein Ausbau wertschöpfungsintensiver Industriezweige mit grünem Strom aus dem Norden im Norden muss das Ziel sein. Dafür braucht es jedoch klare politische Signale. Denn der regionale Vorteil günstiger Stromgestehungskosten findet sich aktuell im Gegensatz zu den regional unterschiedlichen Netzentgelten nicht im Strompreis wieder. Die zusätzliche Belastung mit Steuern, Abgaben und Umlagen sorgt dafür, dass der Endkundenpreis noch höher wird. Dabei sollte ein im Überschuss vorhandenes Gut günstiger sein als in Mangelgebieten. Diese Diskrepanz gilt es, aufzulösen.

Regionale Preissignale für ein faires Stromsystem

Das derzeitige Strommarktdesign mit einer einheitlichen Gebotszone in Deutschland führt dazu, dass durch den zunehmenden Bedarf an Netzengpassmanagement erhebliche Ausbau- und Redispatchkosten entstehen. Diese werden über den Strompreis auf alle Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt. Besonders problematisch ist, dass an windreichen Tagen Windkraftanlagen im Norden abgeregelt und gleichzeitig konventionell betriebene Kraftwerke im Süden hochgefahren werden müssen, da das Stromnetz überlastet ist. Dies widerspricht nicht nur den Zielen der Energiewende mit einem erhöhten CO₂-Ausstoß, sondern wird durch falsche Preissignale zusätzlich verstärkt: Weil der Strompreis bei hoher Einspeisung aus Erneuerbaren typischerweise sinkt, werden im Süden bewusst Stromverbräuche erhöht und Speicher gefüllt – obwohl der Strom physikalisch nicht vor Ort erzeugt wird. Diese marktfernen Effekte führen zu unnötigen Systemkosten und tragen letztlich

¹ Dazu bietet der [DIHK-Beschleunigungsmonitor](#) eine Übersicht mit Vorschlägen.

zu einem höheren Strompreisniveau in ganz Deutschland bei. Eine differenziertere Preisstruktur könnte Fehlanreize vermeiden und so zur Kostensenkung sowie zur Effizienz des Gesamtsystems beitragen. Ein zukünftiges Strommarktdesign sollte regionale Preisbildungselemente, die Anreize zum systemdienlichen Verhalten bzw. Flexibilitäten fördern, beinhalten.

System- und Netzdienlichkeit anreizen

Das zukünftige Energieversorgungssystem wird nur funktionieren, wenn es deutlich anpassungsfähiger als heute wird. Aufgrund der zunehmend volatilen Stromerzeugung benötigen wir neben flexiblen Verbrauchern auch flexible Erzeugung, flexible Speicher und einen Ausbau der Energieversorgungsnetze. Das System muss dabei verlässlich und bezahlbar bleiben. Ohne Deckung der Mehrkosten zur Bereitstellung netzdienlicher Flexibilitäten wird sich allerdings kein Verbraucher an Maßnahmen beteiligen. Hierbei ist es wichtig, dass die Unternehmen durch die Schaffung von Anreizsystemen, wie beispielsweise variable Energiepreise, unterstützt werden müssen. Ebenso ist es für die Zukunft des Energiesystems erforderlich, dass sich auch die Seite der Erzeuger der Erneuerbaren Energien an Netzdienlichkeit beteiligt, um die Last nicht weiter nur auf Verbraucherseite abzuwälzen.

Für Resilienz und Versorgungssicherheit bei Hellbrisen oder Dunkelflauten braucht es zusätzliche regionale, verbrauchsnahe Erzeugung von erneuerbaren Energien inkl. Speichern sowie ein leistungsfähigeres europäisches Stromnetz durch neue Leitungen und zusätzliche Grenzkuppelkapazitäten. Das ermöglicht einerseits mehr Stromimportvolumen und andererseits Möglichkeiten zum Abbau nationaler Überkapazitäten.

ENERGIEINFRASTRUKTUR AUSBAUEN

Eine zukunftsste Energieversorgung braucht Vielfalt beim Energieangebot und bei der Energieinfrastruktur. Der Ausbau von EE muss vorangetrieben werden. Beim Aufbau erforderlicher neuer Kraftwerkskapazitäten sollten nicht bestimmte Regionen benachteiligt werden. Zum Aufbau von modernen und leistungsfähigen Infrastrukturen für den Transport von grünem Strom sowie zum Im- und Export von nachhaltigen und möglichst emissionsarmen Energieträgern benötigen wir schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Eine staatliche Absicherung von Investitionen in die Energieinfrastruktur kann Abhilfe leisten, um das wirtschaftliche Risiko zu reduzieren und Investitionen anzureizen. Auch eine raschere Digitalisierung aller Akteure im Energiemarkt ist notwendig.

Erneuerbare Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss forciert und mit den Netzanforderungen synchronisiert werden, damit erneuerbare Energie effizient im Netz wirken kann. Wichtig dabei ist, dass der Zubau kontinuierlicher und vor allem verlässlicher erfolgt als bisher, um der Wirtschaft eine angemessene Planungssicherheit zu geben. Insbesondere die Offshore-Windenergie kann durch ihre hohe Erzeugungsleistung auf See einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit und zur Erreichung der Ausbauziele leisten. Anzustreben ist ein Einsatz aller Technologieansätze, um einen ausgewogenen Energiemix auf Basis regenerativer Energiequellen zu verwirklichen. Der steigende Strombedarf für Mobilität und den Wärmemarkt aufgrund der Sektorenkopplung muss zusätzlich berücksichtigt werden. Der produzierte Strom muss zudem zu jeder Zeit dem Markt zur Verfügung stehen. Ein Engpassmanagement durch Abschaltungen ist nicht nur aus volkswirtschaftlichen Gründen zu verhindern; es gefährdet auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Zubau.

Des Weiteren sind die Potenziale im Bereich der Wärmeversorgung von Gebäuden und Industrie bzgl. der Tiefengeothermie, die in weiten Teilen Norddeutschlands zur Verfügung steht, zu fördern. Diese nachhaltige Energiequelle ist immer vorhanden, unabhängig von Wind oder Sonne. Im Norden gibt es zwar bereits viel Know-how sowie gute Praxisbeispiele, allerdings erfolgt der Ausbau der Geothermie in Deutschland eher schleppend. Es bedarf hier ebenfalls einer Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, vor allem im wasser- und bergrechtlichen Bereich. Zudem könnten zusätzliche Maßnahmen zur Absicherung des Fündigkeitsrisikos und bei Schadensfällen den Hochlauf von Geothermie-Projekten beschleunigen. Dort, wo Tiefengeothermie für die Wärmeversorgung genutzt

werden könnte, könnten im Rahmen der kommunalen Wärmeplanungen entsprechende Wärmenetze geschaffen werden, um die Potenziale von Tiefengeothermie zu heben.

Neue Kraftwerkskapazitäten

Es gilt, den Beitrag zu stabilen Netzen, den heute noch fossile Kraftwerke leisten, künftig aus anderen Quellen wie etwa Speichern und erneuerbaren Energien zu decken. Solange das nicht gewährleistet ist, dürfen aus Sicht der Wirtschaft keine weiteren Anlagen abgeschaltet werden. Der Ausbau der Erzeugungskapazitäten von EE, der Bau von auch wasserstofftauglichen Gaskraftwerken sowie der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze zur Sicherung einer zuverlässigen und günstigen Energieversorgung für Unternehmen und Bevölkerung ist für unsere Region von übergeordneter Bedeutung. Hierfür bedarf es einer koordinierten Planung, wie Energieerzeugung und -verbrauch sowie der Netzausbau zusammengebracht werden können – nicht zuletzt, um in der Region die regionale Energieversorgung zu unterstützen. Bei der Ausschreibung grundlastfähiger Kraftwerke müssen auch die Potenziale von Bioenergie und Speichern berücksichtigt werden, um eine einseitige Konzentration auf Gaskraftwerke zu vermeiden. Der Bau der notwendigen Kraftwerke muss im überragendem Gemeinwohlinteresse erfolgen, zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Über mögliche Typengenehmigungen kann eine zusätzliche Beschleunigung der Errichtung und Inbetriebnahme erfolgen.

Einen etwaigen Südbonus lehnen wir ab. Die beabsichtigte Errichtung von zwei Drittel der bezuschlagten Anlagen im netztechnischen Süden Deutschlands benachteiligt den Norden erheblich. Auch in Norddeutschland besteht ein dringender Bedarf an neuen Kraftwerken und Speicherkapazitäten, um die Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu gewährleisten. Der Norden gewährleistet nicht nur eine Produktion der grünen Energie vor Ort, sondern wird auch durch die hier betriebenen systemdienlichen Elektrolyseure eine verlässliche bundesweite Energieversorgung ermöglichen, auch durch die Einspeisung von grünem Wasserstoff in das EU-weite Kernnetz. Dies ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll für den Süden und sollte in der Übergangsphase finanziell unterstützt werden.

Import von Energieträgern

Der Norden hat viele herausragende Standortvorteile, um zur Energiedrehscheibe Deutschlands zu werden – heute für Erdgas, Kraftstoffe, Wasserstoff und LNG, in Zukunft auch für grünen Wasserstoff bzw. grüne Gase und E-Fuels. Wir verfügen bereits über hohe regenerative Erzeugungskapazitäten, die noch weiter ausbaufähig sind, Kavernen zur Speicherung erneuerbarer Gase, Seehäfen sowie maritime Unternehmen und wirtschaftliche sowie wissenschaftliche Expertise im Bereich der Energiewirtschaft. Notwendig sind jetzt die Investitionen in langfristig wirtschaftliche und synergetisch sinnvolle Energieimport- und Transportinfrastrukturen vor Ort.

Wasserstoffhochlauf

Grüne Gase werden im zukünftigen Energiesystem neben der direkten erneuerbaren Stromnutzung eine entscheidende Position einnehmen. Die Deckung des gesamten Energiebedarfs allein auf Basis erneuerbarer Stromerzeugung ist in Deutschland angesichts seiner geographischen Lage und der Flächenknappheit nicht zu realisieren. Eine Schlüsselrolle werden deshalb voraussichtlich Wasserstoff und seine Derivate einnehmen. Der Norden eignet sich in besonderem Maße für alle Aspekte eines hochlaufenden Wasserstoff-Marktes, was Verbrauch, Produktion, aber auch Transport, Logistik und Speicherung betrifft. Vor allem heimischer grüner, also aus EE lokal produzierter Wasserstoff, kann bei der Erreichung der Klimaziele eine wichtige Rolle im Technologiemark spielen – ergänzt durch H₂-Importe sowie blauen Wasserstoff. Darüber hinaus ist der skandinavische Raum ein beständiger Erzeuger und Lieferant von Grünstrom und perspektivisch auch grünem Wasserstoff. Für die Wirtschaft steht eine umfassende Unterstützung zum Ausbau jeglicher wasserstoffgetriebener Markt- und Geschäftsmodelle im Mittelpunkt. Dringend erforderlich ist der länderübergreifende Ausbau des Wasserstoffkernnetzes in Norddeutschland unter Einbeziehung aller Erzeugungs- und Verbrauchsregionen sowie möglicher Speicherstandorte für Wasserstoff in Norddeutschland. Die derzeitige Planung des Wasserstoffkernnetzes kann nur die erste Ausbaustufe sein. Die Anbindung aller Flächen und Regionen ist bereits in der angelaufenen Planungs- und Ausbauphase zu realisieren.

Carbon Capture and Storage bzw. Utilization (CCS/U)

Im Hinblick auf das Reduzieren von Treibhausgasemissionen sind CCS/U vielversprechende Instrumente und sollten als ergänzende Maßnahme zur weiteren Dekarbonisierung der Industrie verwendet werden dürfen. Neben der Speicherung unter der Nordsee sollte auch die Speicherung an Land ermöglicht werden, damit geeignete Standorte sowohl Offshore als auch Onshore bundesweit und international genutzt werden können.

Digitalisierung

Die Energiewirtschaft muss umfassend bis zum Verbraucher digitalisiert werden. Erneuerbare Energie wird immer dezentraler erzeugt. Zugleich muss der Volatilität der Stromproduktion durch einen flexibel anpassbaren Verbrauch unter Einbeziehung der Sektorenkopplung entsprochen werden. Dazu ist eine spartenübergreifende Vernetzung von Infrastrukturen und Marktteilnehmern notwendig. Hierfür muss insbesondere der intelligente Smart Meter-Rollout endlich konsequent angegangen werden. Größte politische Hemmnisse für eine weitere Digitalisierung und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Lieferprodukte sind nach wie vor unklare Zuständigkeiten, zersplitterte Kompetenzen bei den Behörden sowie uneindeutige gesetzliche Rahmenbedingungen und Datenschutzaspekte. Administrative und gesetzliche Hürden müssen durch die Politik auf einen Mindeststandard reduziert werden – bei gleichzeitiger Gewährleistung von Datenschutz und -sicherheit.

DEN ENERGIEMARKT REFORMIEREN

Eine marktwirtschaftliche Reform der staatlich induzierten Preisbestandteile im Strom- und im gesamten Energiesektor ist notwendig. Eine Reform muss ganzheitlich gedacht werden und ein transparentes und effizientes System schaffen. Es müssen flexible Übergänge zwischen den Sektoren Strom, Verkehr und Wärme gestaltet werden, die neben einer gerechten Verteilung der Be- und Entlastungen und unter Einbindung von grünen Gasen und Speichermöglichkeiten gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherstellen. Planungssicherheit und die Voraussetzungen zu Innovation und Investition müssen gegeben sein. Die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten sollten sich in allen Energieträgern wiederfinden. Mit der Reform sollten Geschäftsmodelle für die Sektorenkopplung ermöglicht werden.

CO₂-Bepreisung

Die CO₂-Bepreisung wird neben einer CO₂-Emissionsvermeidung faire Wettbewerbsbedingungen herstellen müssen, dafür bedarf es einer schnellen und konsequenten Umsetzung des EU-ETS in allen Sektoren. Dabei muss sich die Umstellung auf erneuerbare Energien für die Wirtschaft positiv auswirken, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigt und zusätzliche Belastungen vermieden werden. Die Verwendung der Mittel aus der CO₂-Bepreisung sollte langfristig möglichst zweckgebunden und für die Erreichung der Klimaschutzziele eingesetzt werden.

Vermarktung von Ökostrom

Aufgrund des im EEG verankerten Doppelvermarktungsverbots kann das „grüne Label“ in Form von Herkunftsnachweisen bei geförderten Anlagen nicht an den Abnehmer des Stroms weitergegeben werden. Der grüne Strom muss grau verkauft werden. Aus diesem Grund ist regionaler Grünstrom so gut wie nicht am Markt verfügbar. Der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland erfährt auf diesem Wege keinen Anreiz. Das Doppelvermarktungsverbot sollte bei gleichzeitiger Verhinderung einer Doppelförderung abgeschafft werden.

Zudem können Direktlieferverträge, sogenannte PPAs (Power Purchase Agreements)², zwischen Erzeugungsanlagen und Verbrauchern Abhilfe schaffen. Unternehmen können so langfristig grüne Energie beziehen und sich gegen Preisschwankungen absichern. Das schafft mehr Planungssicherheit für Anlagenbetreiber und Verbraucher.

Sektorenkopplung

Die Sektorenkopplung löst die traditionelle Trennung der Energiesektoren Elektrizität, Wärme- und Kälteversorgung sowie Mobilität zugunsten eines ganzheitlichen Ansatzes ab. Dessen Kern muss ein

² Die DIHK hat in diesem Zusammenhang das Konzept der [StromPartnerschaft](#) entwickelt.

intelligentes, sektorenübergreifendes Last- und Erzeugungsmanagement sein, das im Ergebnis lang- und kurzfristige Volatilität zusammenführt. Mit einer verbesserten Energieeffizienz wird dies zu einer Senkung des Primärenergiebedarfs beitragen. Neben dem Netzausbau ist eine Voraussetzung die Nutzung aller Flexibilitätspotenziale der Erzeuger, Verbraucher und jeglicher Speicher von Energie sowie die Umformung temporär überschüssiger oder benötigter Energie zwischen den Sektoren. Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen und Geschäftsmodelle für die Sektorenkopplung zu ermöglichen. Dazu müssen sektorspezifische Preiskomponenten ausgesetzt oder gemindert werden, wenn die erzeugte oder transformierte Energieform den Sektor verlässt.

Nachnutzungskonzepte für Post-EEG-Anlagen

Das Repowering alter Anlagen vor Ort sollte stets erste Wahl sein, weil deren Betrieb am Standort akzeptiert und die Infrastruktur vorhanden ist. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen auch hier vereinfacht und beschleunigt werden, wobei es bei einem klassischen Repowering ggf. nur Anzeigeverfahren mit Standsicherheitsnachweisen geben sollte. Sofern ein Repowering nicht möglich ist, bedarf es förderfreier Nachnutzungskonzepte für die unterschiedlichen regenerativen Erzeugungsformen, um funktionsfähige Anlagen weiterhin in der erneuerbaren Energien-Bilanz halten zu können. Dafür muss zügig der Rahmen geschaffen werden.

NETZKOSTEN VERTEILEN

Erste Schritte für eine gerechtere Verteilung der Netzkosten sind zu Beginn des Jahres 2025 umgesetzt worden. Allerdings müssen die Verbraucher im Norden weiterhin eine stärkere Last tragen, sodass noch kein vollständiger Ausgleich besteht. Die Energiewende ist ein deutschlandweites Projekt. Es ist nicht zu akzeptieren, dass ausgerechnet die Region, die einen großen Beitrag zur Erfüllung der grünen Energieversorgung im Sinne der bundesweiten Klimaziele leistet, die höchsten Netz- und Ausbaurkosten trägt. Netzausbaurkosten sind Infrastrukturkosten und damit vergleichbar der staatlichen Daseinsvorsorge im Straßen- oder Bahngüterverkehr. Es bedarf somit einer Anpassung der Netzentgeltssystematik im Sinne einer angemessenen und für die Bewältigung des Klimawandels zielführenden und gerechteren Kostenverteilung. Die Netzentgelte müssen bestenfalls dort günstig sein, wo erneuerbarer Strom erzeugt wird. So wird den Regionen ein Anreiz gegeben, erneuerbare Erzeugungskapazitäten weiter auszubauen.

ÜBER UNS

Die IHK Nord ist ein Zusammenschluss norddeutscher Industrie- und Handelskammern aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Arbeitsschwerpunkte sind die Maritime Wirtschaft, die Energie- und Industriepolitik, der Tourismus, die Ernährungswirtschaft und die Außenwirtschaft.

HERAUSGEBER UND COPYRIGHT

IHK Nord | Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern e.V.
Adolphsplatz 1 | 20457 Hamburg | T 040 36138 459 | F 040 36138 553 | www.ihk-nord.de

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.